

Luzerner Tagblatt



Menschenrechte ja! Vorbehalte nein!

Gestern, Donnerstag, hat sich der Nationalrat an zwei Sitzungen über einen allfälligen Beitritt der Schweiz zur europäischen Menschenrechtskonvention unterhalten; er wird die Diskussion, über die wir im Innern des Blattes ausführlich berichtet, am Montag fortsetzen. Im Mittelpunkt standen die Vorbehalte, die bei einer Unterzeichnung der Konvention angebracht werden müssten, vor allem das fehlende Frauenstimm- und -wahlrecht und die konfessionellen Ausnahmeregelungen. Vor Beginn der Morgensitzung demonstrierten Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes mit Transparenten im Bundeshaus gegen eine Unterzeichnung, solange die Schweiz noch nicht alle Forderungen der Konvention erfüllt hat. Auf unserem Bild lesen Bundesrat Nello Cello (links) und Nationalrat Max Bill (Landesring, Zürich) eines dieser Transparente mit der Aufschrift «Menschenrechte ja! Vorbehalte nein!» und nehmen freundlich lächelnd ein Flugblatt entgegen. Bild Photopress

Der Italiener Armani
1. Etappensieger der TdS 15
Moskau verstärkt Truppen LM
an der Grenze zu China
Mondlandung verschoben LM

Vietnamkonferenz unter neuen Vorzeichen

Syrien, Kuba und Nordkorea anerkennen provisorische Revolutionsregierung in Südvietnam

Paris, 12. Juni (UPI) Die Delegierten der erweiterten Pariser Vietnamkonferenz trafen am Donnerstag im Konferenz-Zentrum der französischen Hauptstadt unter neuen Vorzeichen zu ihrer 21. Sitzung zusammen. Die Vietkongdelegation der nationalen Befreiungsfront wurde zum erstenmal vom «Außenminister» der «provisorischen Regierung der Republik Südvietnam», der bisherigen stellvertretenden Leiterin der NLF-Delegation, Nguyen Thi Binh geleitet.

Augenblick ihrer Ansprache ausgeblieben war.

Anerkennung durch Syrien, Nordkuba und Kuba

Frau Nguyen Thi Binh forderte gleichzeitig das amerikanische Volk auf, den Druck auf die US-Regierung zu verstärken und sie zu zwingen, «den kostspieligen Krieg zu beenden und alle US-Truppen aus Südvietnam abzuziehen».

Damaskus, 12. Juni, ag. (R) In Damaskus ist offiziell bekanntgegeben worden, daß Syrien beschlossen hat, die provisorische südvietnamische Revolutionsregierung anzuerkennen. Nordkorea und die kubanische Regierung haben die provisorische Revolutionsregierung in Südvietnam ebenfalls offiziell anerkannt.

Die Gipfelkonferenz zwischen US-Präsident Nixon und Thieu auf den Midway-Inseln bezeichnete Frau Binh als «Farce» und lehnte den von Nixon angekündigten Abzug von 25.000 amerikanischen Soldaten aus Südvietnam als unzureichend ab.

Moskauer Delegationen gratulieren

Moskau, 12. Juni, ag. (DPA) Die Delegationen der kommunistischen Weltkonferenz in Moskau haben der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams «enthusiastisch» zur Bildung einer provisorischen Revolutionsregierung gratuliert. «Die auf der Beratung vertretenen 75 Parteien sehen in diesem Ereignis eine neue wichtige Etappe im heldenhaften Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes», heißt es in einem Telegramm, das von Tass verbreitet wurde.

Hanoi begrüßt Revolutionsregierung

Als zweiter Redner begrüßte der nordvietnamesische Delegierte Oberst Ha Van Lau die Bildung der NLF-Revolutionsregierung. Hanoi betrachte das Schattenkabinett als die «wahre und rechtmäßige Repräsentation der südvietnamesischen Bevölkerung».

Die Konferenz begann mit einem Appell an die Staaten des Ostblocks, die neu gebildete provisorische Revolutionsregierung der südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront (NLF). Mit ihrem Appell

drückte Frau Binh nach Ansicht diplomatischer Kreise in Paris eine gewisse Enttäuschung der NLF aus, daß die erwartete Anerkennung der Schattenregierung durch die Sowjetunion bis zum

CSSR: Gewerkschaften fügen sich der Parteilinie

Schleppende «Normalisierung» - CSSR-Botschafter in Moskau schrieb Beschwerdebrief

Prag, 12. Juni, ag. (AFP/UPI) Das Präsidium des Zentralen tschechoslowakischen Gewerkschaftsrates hat an alle tschechischen und slowakischen Gewerkschaftsorganisationen einen Appell erlassen, in welchem es diese auffordert, ihre zuvor gefaßten Beschlüsse im Lichte der Entscheidungen des Parteiplenums vom Mai neu zu überprüfen. Das Präsidium stellt fest, daß gewisse gewerkschaftliche Organisationen «ihre Tätigkeit auf die Abfassung von Beschlüssen und Ultimaten beschränkt, um unrealistische Forderungen vorzubringen, während andere die führende Rolle der Partei sogar leugnen und die Ansicht vertreten, daß die Gewerkschaften die Rolle der politischen Opposition spielen müßten.»

politiker dafür verantwortlich gemacht, eine «Atmosphäre des Antisowjetismus» in der CSSR hervorgerufen zu haben.

Schriftsteller wollen unpolitisch bleiben

Die Schriftsteller in der Tschechei haben auf ihrem Kongreß in Prag erneut unterstrichen, daß sie ihre Arbeit nicht in den Dienst der Politik stellen und vollkommen frei schreiben wollen. Der neugewählte Vorsitzende des tschechischen Schriftstellerverbandes, Jaroslav Seifert, erklärte vor den Delegierten: «Wir können und wir wollen unsere Arbeit nicht für politische Zwecke einsetzen. Auf diesem Kongreß wollen wir klar herausstellen, daß unsere Schriftsteller frei über die Welt, in der wir leben, schreiben können, nach ihrem eigenen Ermessen und in ihrer eigenen Weise.» Seifert fügte hinzu, die Aufgabe der Schriftsteller gegenüber der Nation sei nicht bescheiden und ihre Verantwortung nicht klein.

Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bern teilt mit, daß der Präsident der CSSR im Interesse der Rückkehr der tschechoslowakischen Bürger in ihre Heimat am 27. Mai eine Amnestie erlassen hat. Diese betrifft die tschechoslowakischen Staatsbürger, welche seit dem 9. Mai 1968 das Gebiet der CSSR ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden verlassen haben oder sich ohne Erlaubnis dieser Behörden im Ausland aufhalten. Diese Amnestie bezieht sich auf die im Ausland weilenden Tschechoslowaken nur dann, wenn sie bis zum 15. September 1969 in das Gebiet der CSSR zurückkehren oder ihren Aufenthalt im Ausland mit den tschechoslowakischen Gesetzen in Einklang bringen. Die Botschaft der CSSR wendet sich an alle in der Schweiz weilenden Tschechoslowaken, welche die Amnestie betrifft, mit der Aufforderung, sich an die tschechoslowakische Botschaft in Bern zu wenden. Die Botschaft der CSSR ist bereit, sie über die Einzelheiten der Amnestie und über die Möglichkeit ihrer Rückkehr in die Tschechoslowakei zu informieren.

Das Präsidium gibt abschließend seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Gewerkschaften ihre politische Reife beweisen werden, indem sie jede Tendenz zurückweisen, die sich gegen die Linie der Gewerkschaftspolitik richtet.

Zum zweitenmal innerhalb von zwei Tagen hat die tschechoslowakische Parteizeitung «Rude Pravo» einen Brief des tschechoslowakischen Botschafters in Moskau abgedruckt, in dem dieser den schleppenden Fortgang der Verbesserung der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen kritisiert. Botschafter Vladimir Koucky, der dem konservativen Lager der CSSR-Politiker zugerechnet wird, klagte besonders über die «sehr unzureichende» Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen der CSSR gegenüber der Sowjetunion, vor allem was «Maschinen und Ausrüstungsgegenstände» betreffe. Dies führte der Botschafter auf die «allgemein schwache Produktion und politische Disziplin in unseren Fabriken» zurück. Auf kulturellem Gebiet herrsche auf tschechoslowakischer Seite eine «Atmosphäre des Boykotts». So hätten Solisten und Ensembles aus der CSSR Gastspiele in der Sowjetunion abgesagt. In seinem ersten Brief hatte der Botschafter die Reform-

«Goldene Feder der Freiheit» an tschechoslowakische Schriftsteller und Journalisten

Istanbul, 11. Juni, ag. (R) Der «Internationale Verband der Zeitungverleger (FIEJ) gab die Verleihung der «goldenen Feder der Freiheit» an die tschechoslowakischen Schriftsteller und Journalisten bekannt. Der Präsident des Verbandes, Claude Bellanger, erklärte, die Verleihung der Auszeichnung sei als eine symbolische Geste zu Ehren der tschechoslowakischen Schriftsteller und des ganzen Volkes zu verstehen. Die ganze Welt sei tief beeindruckt gewesen von der Art und Weise, wie sich das tschechoslowakische Volk und seine Journalisten im Radio, Fernsehen und in der Presse gegen die Zensur und die Verdrehung und Ungenauigkeit der Information gewehrt habe.

Amnestie für tschechoslowakische Bürger im Ausland

Bern, 11. Juni, ag. Die Botschaft der

US-Hilfsprogramm für die Dritte Welt

Washington, 9. Juni, ag. (AFP) Die Regierung Präsident Nixons hat dem Kongreß ihr Hilfsprogramm für die Entwicklungsstaaten vorgelegt. Es erreicht eine Summe von 2,6 Milliarden Dollar. Die Regierung betont, daß die Parlamentarier das Programm genehmigen müßten, wenn die USA ihren Einfluß auf die Dritte Welt aufrechterhalten sollte. Das Programm bezieht sich auf das am 1. Juli beginnende Steuerjahr. 2,2 Milliarden Dollar sind für die wirtschaftliche Hilfe eingesetzt, 375 Millionen für die militärische Beihilfe und 75 Millionen Dollar als Starthilfe für teils durch private Investitionen finanzierte Entwicklungsprojekte.

Studenten demonstrieren gegen Ben Natan

Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik an der Hamburger Universität ausgepfiffen

Hamburg, 12. Juni, ag. (R) Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik, Asher Ben Natan, wurde am Mittwochabend von Studenten in Hamburg ausgebuht und ausgepfiffen, zwei Tage nachdem es in Frankfurt zu ähnlichen Zwischenfällen gekommen war.

späten Mittwochabend zu einem neuen Gefecht zwischen ägyptischen und israelischen Truppen. Die ägyptischen Streitkräfte hatten das Feuer bei El Kantara eröffnet und zwei israelische Soldaten verwundet. Bereits vorher war es bei El Taufik zu einem mehr als dreistündigen Artillerie- und Raketenduell zwischen beiden Seiten gekommen, bei dem ein Israeli verwundet wurde.

Der Botschafter war zu einer Diskussion über die Situation im Nahen Osten eingeladen worden, die von der israelisch-deutschen-Studentenvereinigung organisiert worden war. Er wurde von Demonstranten mit «El-Fatah»-Rufen und «Ben Natan raus» begrüßt. Johlende und pfeifende Studenten bestiegen das Podium des Auditorium maximum in Hamburg und versuchten die Diskussion zu verhindern. Es kam zu einigen Raufereien zwischen proisraelischen und prorabischen Studenten, wobei auch Knüppel und andere Schlaggegenstände verwendet wurden, doch wurde niemand ernstlich verletzt.

Die israelische Armee hat Berichte von Augenzeugen bestätigt, nach denen bei einem vierstündigen Gefecht am Mittwochabend acht arabische Guerillas von israelischen Truppen getötet wurden. Die Israelis erlitten ebenfalls Verluste. Ein Leutnant, ein Feldwebel und ein Gefreiter wurden offiziell als gefallen gemeldet.

Gromyko konferierte mit Nasser

Kairo, 11. Juni (UPI) Ägypten erklärte am Mittwoch, es werde nicht unbegrenzt auf eine Beilegung des Nahostkonfliktes warten. Zur gleichen Zeit sagte der ägyptische Regierungssprecher Mohamed Hassan el Zayyat ein weiterer Krieg sei gegenwärtig nicht «wünschenswert». El Zayyat gab die Erklärung nach einem fast dreistündigen Gespräch zwischen Staatspräsident Nasser und Außenminister Gromyko, wie ägyptische Regierungskreise verlauten ließen, wollte Gromyko die ägyptische Regierung über den Fortschritt der Nahostkonferenz der vier Großmächte — USA, Großbritannien, UdSSR und Frankreich — in New York informieren.

Waffenlieferungen nach Nahost über die DDR?

Beirut, 12. Juni. (UPI) Eine in Beirut erscheinende Zeitung berichtete, die Sowjetunion habe alle direkten Waffenlieferungen in den Nahen Osten eingestellt und verschicke Rüstungsmaterial nun auf dem Umweg über Ostdeutschland.

Neues Gefecht am Suezkanal

Tel Aviv, 12. Juni. (UPI) Am Suezkanal kam es nach Angaben eines israelischen Militärsprechers in Tel Aviv am



Oberst Prinz Charles

Zum erstenmal in Uniform präsentierte sich am Mittwoch der englische Thronfolger Prinz Charles, als er zum Ehrenoberst des neu formierten «Royal Regiment of Wales» ernannt wurde. Unser Bild zeigt Prinz Charles in der walisischen Hauptstadt Cardiff, deren Ehrenbürgerschaft er ebenfalls am Mittwoch entgegennahm. Photopress